

# Endlich eine Einigung

Mit deutlicher Mehrheit stimmte der Grosse Rat dem Gegenvorschlag zu «Basel baut Zukunft» zu.

Zara Zatti

Das Basler Parlament beendete am Mittwoch mit einem Kompromiss ein vier Jahre andauerndes Hickhack zwischen Initiantinnen, Investoren und der linken und rechten Seite des Grossen Rats. Es geht um die Initiative «Basel baut Zukunft». Diese wurde im Sommer 2020 vom Verein Zukunft Klybeck lanciert. Die Forderung: Bei Transformationsarealen soll mindestens die Hälfte der Bruttogeschossfläche preisgünstig, also dauerhaft in Kostenmiete, angeboten werden. Ausschlaggebend für die Initiative war, dass der Kanton Basel-Stadt das Klybeck-Areal nicht kaufen wollte, und die Novartis 2019 schliesslich an die heutigen Investoren Swiss Life und Rhystadt AG verkaufte.

Für die beiden Klybeck-Investoren sowie die Christoph Merian Stiftung (CMS), die mit dem Dreispitz ebenfalls Eigentümerin eines Transformationsareals ist, war die Forderung der Initiative haltlos. Die Befürchtung der Regierung: Sollte sie angenommen werden, könnten die Wohnungen, die der Kanton benötigt, nie gebaut werden. Also präsentierte die Regierung im Juni 2023 einen Gegenvorschlag: Mit den Investoren und den Initiantinnen hatte man sich auf einen Drittel an Wohnungen in Kostenmiete geeinigt. Dennoch war das Initiativkomitee mit dem Kompromiss nicht bereit, die Initiative zurückzuziehen.

## Elf intensive Sitzungen waren nötig

In elf, dem Vernehmen nach hitzigen Sitzungen, zimmerte die zuständige Bau- und Raumplanungskommission (BRK) des Grossen Rates einen neuen Gegenvorschlag. Dieser macht sowohl an die Investoren als auch an die Initianten einige neue Zugeständnisse. So hielt



Der Grund für die Initiative «Basel baut Zukunft»: Luftaufnahme des Klybeck-Areals.

Bild: Erich Meyer (20.07.2018)

## «Heute ist ein guter Tag für die Basler Bevölkerung.»

Ivo Balmer  
SP-Grossrat und Mitglied  
Komitee «Basel baut Zukunft»

die BRK zwar am regierungsrätlichen Vorschlag fest, dass die Drittelsquote nur bei Arealen über 15 000 Quadratmeter automatisch zur Anwendung kommt. Neu kann der Grosse Rat aber auch für kleinere Areal-Mindestquoten für preisgünstigen Wohnraum in Kostenmiete in den jeweiligen Bebauungsplänen festlegen. Ausserdem muss bei der Erstellung eines Bebauungsplans die Lage des preisgünstigen Wohnraums noch nicht exakt benannt werden: Ein Entgegenkommen an die Investoren.

### LDP-Grossrat: «Es bleibt eine bittere Pille»

Jene Mitglieder des Initiativkomitees, die gleichzeitig im Gros-

sen Rat sitzen, machten am Mittwoch klar, dass die Initiative zurückgezogen werde, sollte der BRK-Gegenvorschlag ohne Änderungen angenommen werden. Die bürgerlichen gingen auf den Deal ein. Fast einstimmig (91:1) wurde der Gegenvorschlag angenommen. «Kompromisse haben es in sich, dass niemand so ganz zufrieden ist», sagte FDP-Grossrat Andreas Zappalà. Nicht gänzlich zufrieden zeigte sich etwa Pascal Messerli (SVP): «Wir stimmen dem Gegenvorschlag zu, damit Rechtssicherheit geschaffen werden kann. Einen Freudentanz machen wir aber nicht.» Und LDP-Grossrat und Präsident der Stiftungskommission der CMS, Lukas Faesch, zeigte

sich gar noch unzufriedener: «Insgesamt bleibt auch der Gegenvorschlag eine bittere Pille, die man widerwillig schlucken muss.» Zur Tatsache, dass der Grosse Rat nun auch bei kleineren Arealen eine Mindestquote festlegen kann, meinte er: «Ich hoffe, dass er hier künftig weise entscheiden wird.»

SP-Grossrat Ivo Balmer und Mitglied des Initiativkomitees von «Basel baut Zukunft» führte zwar nicht gerade einen Freudentanz auf, trat aber deutlich euphorisiert ans Rednerpult. «Heute ist ein guter Tag für die Basler Bevölkerung. Mit dem zustande gekommenen Gegenvorschlag können wohnpolitische Grundsätze endlich gesetzlich verankert werden», sagte er.

## Kellers Lösung für die Parking-Misere

**Kinderspital** Auch 13 Jahre nach Eröffnung verfügt das Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) noch immer nicht über ein eigenes Parkhaus. Gegen die Pläne für ein Parking unter der benachbarten Tschudi-Matte sind – auch wegen dessen Nähe zu einem Primarschulhaus – gegen 300 Einsprachen eingegangen. Das Vorhaben ist de facto gescheitert. Die ungenügende Erreichbarkeit des UKBB stösst insbesondere im Partnerkanton Baselland auf harsche Kritik. Eltern klagen, dass sie auf Notfallparkplätzen gleich beim Spital nur ganz kurz parkieren dürften und mit kranken oder verletzten Kindern teilweise lange Fusswege gehen müssen.

Die zuständige Baudirektorin Esther Keller präsentierte gestern im Grosse Rat auf eine Interpellation von Nicole Kuster (LDP) Lösungen für die Misere. «Es braucht Parkplätze in unmittelbarer Umgebung des Kinderspitals», stellte Keller klar, fügte aber an: «Die Lösung muss auch stimmig für die Quartierbevölkerung sein.» Als kurzfristige Massnahme sollen an der Pestalozzistrasse – also vom UKBB um die Ecke beim neuen Biozentrum – 20 öffentliche Parkplätze fürs Kinderspital umgewidmet werden.

Auch verhandelt das UKBB derzeit mit der Universität über die Miete von rund 30 Parkplätzen in der Einstellhalle des Biozentrums. Diese Lösung stehe allerdings erst 2028 zur Verfügung, sagte Keller – und erntete damit sarkastische Kommentare. News hielt die grünliberale Baudirektorin auch für eine dauerhafte Lösung bereit: Demnach ist geplant, auf dem Bauhof 4 des Campus Schällemätteli ein unterirdisches Parking für das UKBB zu erstellen. Allerdings stehen auf diesem Areal noch immer die alten Universitätsgebäude. Bis hier ein Neubau realisiert wird, dürften noch viele Jahre ins Land ziehen. LDP-Grossrätin Nicole Kuster zeigte sich mit den Antworten der Regierungsrätin denn auch nur teilweise zufrieden. (haj)

## «Wir wollen den ESC in Basel»

Esther Keller bekräftigt im Grosse Rat die Bewerbung – trotz bedingt tauglicher Halle.

Christian Mensch

Es wäre ein steiler Einstieg geworden für Mustafa Atici (SP). Als neuer Erziehungsdirektor ist er für die St. Jakobshalle zuständig, die trotz einer mittlerweile 141-Millionen-Franken teuren Sanierung weiterhin den Anforderungen an eine Multifunktionshalle nicht erfüllt.

Doch weder Atici ergriff das Wort noch der neue Regierungspräsident Conradin Cramer (LDP), der bisher das Dossier zu verantworten hatte. Eloquent übernahm dafür Baudirektorin Esther Keller (GLP) den Part, der Finanz- und der Geschäftsprüfungskommission den Wind aus den Segeln zu nehmen. Schliesslich hatten die parlamentarischen Obergerichtskommissionen in einem ge-

meinsamen Bericht die teilweise gravierenden Mängel der Hallen-Sanierung aufgezeigt und nun im Plenum zur Diskussion gestellt.

Die politisch-diplomatische Strategie der Baudirektorin gipfelte in der Kernaussage: «Wir wollen aus der Vergangenheit lernen.» Darin ist einerseits das Eingeständnis enthalten, dass bei der Sanierung und Modernisierung der St. Jakobshalle einiges schiefgelaufen ist – ohne auf konkrete Verantwortlichkeiten eingehen zu müssen. Andererseits ist ihr Blick in die Zukunft

gerichtet und mit der Verallgemeinerung der Fokus von der St. Jakobshalle genommen. So schlecht kann deren Sanierung in der Darstellung Kellers auch nicht gewesen sein. Schliesslich bewirbt sich der Kanton mit der Halle um die Durchführung des nächstjährigen European Song Contest (ESC). Keller sagt: «Wir wollen den ESC in Basel.»

### ESC in der St. Jakobshalle: Möglich, aber wohl teuer

Die Vision, dass das Grossereignis in Basel stattfindet, unterstützt die SP-Fraktionssprecherin Michela Seggiani. Sie stelle sich vor, im Sommer 2025 «mit Freude und Stolz auf den ESC» zurückblicken zu können, der dann in der Halle stattgefunden haben werde. Tim Cuénod (SP), Präsident der Geschäftsprü-

fungskommission, hält den Standort trotz den von seiner Kommission aufgeführten Mängeln für möglich, «wenn auch viel teurer als für andere». Er bezieht sich damit auf die notwendigen Hilfskonstruktionen, da die Decke der St. Jakobshalle nicht dafür konzipiert ist, schwere Scheinwerferbatterien zu tragen. Unbestimmt sagte Cuénod: «Man darf sich fragen: Lohnt sich das?»

Dem Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring (SVP) war es überlassen, dass der Ausblick den Rückblick nicht gänzlich verstellte. Er hielt fest: «Die Aufsicht über das Projekt hat ungenügend stattgefunden. Und auch wenn das Personal gewechselt hat, entlässt dies die Regierung nicht aus der Gesamtverantwortung.»

## Mehr Geld für die Jugendarbeit

**Treffpunkte** Der Kanton Basel-Stadt investiert von 2024 bis 2027 insgesamt 35,89 Millionen Franken in die offene Kinder- und Jugendarbeit, das sind 8,97 Millionen pro Jahr. Unterstützt werden damit 14 Vereine, unter ihnen grosse wie Juar und die Robi Spielaktionen, aber auch etliche kleinere Vereine in den Quartieren. Der Grosse Rat hat ohne Gegenstimmen die Mittel für die Jugendarbeit gesprochen, wobei für jede Institution ein separater Grossratsbeschluss nötig war. Gegenüber der Leistungsperiode 2020 bis 2023 wird der Kantonsbeitrag um 4,4 Millionen Franken aufgestockt.

### Auch wegen Nahostkonflikt: mehr digitale Aufklärung

Auf Antrag der Bildungs- und Kulturkommission (BKK) wurde die Schaffung einer Plattform für digitale Jugendarbeit in die Vorlage aufgenommen. Die aktuelle

geopolitische Lage und die Diskussion um Fake News hätten gezeigt, dass digitale Aufklärungsarbeit nicht nur an Schulen, sondern auch im Rahmen der offenen Jugendarbeit geleistet werden müsse, sagte Joël Thüring (SVP). Allerdings wird dafür nicht jede Institution separat Geld erhalten. Vielmehr soll ein gebündelter Beitrag an die IG Kind und Jugend Basel helfen, dass diese ein eigenes Projekt vorantreiben kann.

Zudem wird mit der Vorlage die offene Jugendarbeit in Quartieren gestärkt, wo es bisher wenige Angebote gab, so etwa Am Ring von Steinen- über Spalenbis St. Johanns-Ring sowie im St. Alban und Gellert. Weil die Vorlage zu spät verabschiedet wurde – das erste Jahr der neuen Periode ist bereits fortgeschritten – musste die Regierung zur Überbrückung bestehende Verträge verlängern. (haj)

141

Millionen Franken kostet bisher die Sanierung der St. Jakobshalle